

Östlicher Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 101

Donnerstag den 23. Dezember 1920

2. [45.] Jahrgang

Italien und die kleine Entente.

In Belgrader Blättern wird eine angeblich aus Rom stammende Information verbreitet, wonach die italienische Regierung mit der tschechoslowakischen und jugoslawischen Regierung in Verhandlungen eintreten wolle, um die Gefahren der französischen Politik in Mitteleuropa zu beseitigen. Die römische Regierung sei der Ansicht, daß der Tschechenstaat und Südslawien dasselbe Interesse wie Italien an der Aufrechterhaltung des Vertrages von Trianon haben und daß dieses gemeinsame Interesse die Grundlage eines Bündnisses zwischen den drei Staaten bilden könne. Ein solches Bündnis, dem schließlich auch Rumänien beitreten würde, sei die einzige Möglichkeit, die Bestrebungen zu vereiteln, welche die Bildung eines neuen Donaubundes anstreben.

Bereits gelegentlich des Abschlusses des Vertrages von San Margherita haben wir darauf hingewiesen, daß der rasche Verlauf der Verhandlungen durch das gemeinsame Interesse an der Abwehr aller Donaubundpläne bewirkt und durch die gleichzeitige Veröffentlichung des tschechisch-jugoslawischen Bündnisvertrages (kleine Entente) die Identität italienischer Interessen mit dem Zwecke der kleinen Entente unterstrichen worden sei. Mit Rücksicht darauf verdient die Meldung des Pariser Temps Beachtung, daß zwischen Italien und Südslawien auch ein militärisches Geheimbündnis abgeschlossen wurde, das folgende Punkte enthalte: 1. Die beiden Staaten stimmen darin überein, daß Deutschösterreich und Ungarn die Bestimmungen der Verträge von Saint-Germain und Trianon strikte ausführen müssen. 2. Sie verpflichten sich, sich der Wiederkehr der Habsburger auf den Thron zu widersetzen. 3. Sie verpflichten sich weiter, jeder Propaganda Deutschösterreichs oder Ungarns Widerstand zu leisten. 4. Sie werden diesen Vertrag der Tschechoslowakei bekanntgeben. 5. Die beiden Staaten können ähnliche Abkommen mit anderen Staaten nur nach gegenseitiger Mitteilung abschließen.

Ob diese Meldung den Tatsachen entspricht, ist nicht so wichtig als ihre Veröffentlichung durch

das Pariser offiziöse Blatt, die darauf schließen läßt, daß der französischen Regierung die intimen Beziehungen Italiens zur kleinen Entente nicht recht behagen. Nachdem vor einigen Tagen serbische Blätter gemeldet hatten, daß Bulgarien der kleinen Entente nicht beitreten werde, ist von Belgrad aus plötzlich die Einstellung alles Verkehrs mit Bulgarien verfügt worden. Die Regierung beruft sich dabei darauf, daß Bulgarien einige Bestimmungen des Friedensvertrages von Neuilly nicht erfülle, und Privatmeldungen deuten an, daß Bulgarien der Tschechoslowakei gewisse handelspolitische Vorteile eingeräumt habe; es ist indessen als sicher anzunehmen, daß die Belgrader Verfügung auf allgemeine politische Gründe zurückzuführen sei.

Die unfähige Entente.

Wiener Brief.

In den letzten Tagen ist die französische und die englische Presse wieder ungemein freigebig mit Sympathieklugebungen für das unter der bittersten Not leidende Deutschösterreich. Auf die Deffentlichkeit hienzu machen diese Klugebungen indessen gar keinen Eindruck mehr, es wäre denn den des Glets. Seit dem Mai 1919 haben sich die Versuche der Pariser und Londoner Presse, den Hungerkrieg, den die Westmächte unentwegt weiter gegen Deutschösterreich führen, durch „sympathische“ Leitartikel zu beschönigen, zum Ueberdruß wiederholt. Setzen haben die Westmächte nichts, um das Elend, das sie geschaffen haben, zu lindern; auch nicht einmal die von ihnen im Vertrage von Saint-Germain in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen haben sie eingelöst.

Die Bevölkerung erwartet von dort nichts mehr, zumal da auch die Ueberzeugung immer mehr Raum gewinnt, daß die Westmächte, auch wenn sie guten Willen hätten zu helfen, hiezu gar nicht imstande sind. Das einzige Mittel, Deutschösterreich zu helfen, wäre die Abänderung des Vertrages von Saint-Germain, das heißt die Beseitigung jener Bestimmungen, durch die alles Eigentum und alle Arbeit den „Siegern“ verpfändet worden ist. Auf diesen Sklavenparagraphen, der jede private Kredit-

hilfe ausschließt, wollen die „Sieger“ jedoch nicht verzichten, selbst Kredithilfe zu geben sind sie aber außerstande.

Diese Unfähigkeit der Entente zu jeder positiven organisatorischen Leistung hat aber auch ihre politischen Rückwirkungen. Die Londoner Zeitung Nation irrte, wenn sie kürzlich behauptete, daß die Autorität der Entente nur noch in Wien unbestritten sei. In der Tat ist sie es auch hier nicht mehr, denn in demselben Maße, als sie Deutschösterreich der Not überläßt, ändert sich auch der politische Druck, den sie hier ausübt, und je bitterer der Winter für Deutschösterreich wird, desto weniger wird man sich hier um die Gebote, Ermahnungen und Befehle der als unfähig erkannten Entente scheren.

Der siebente Weltpostkongress in Madrid.

In der spanischen Hauptstadt tagt jetzt der siebente Weltpostkongress. Die Eröffnung hat in Anwesenheit der Mitglieder des königlichen Hauses in den Prachisälen der Senatsgebäude stattgefunden. Die Eröffnungsrede hielt König Alfons.

Wie bekannt, datiert die Weltpostunion vom Jahre 1835 und umfaßte damals 37 Millionen Quadratkilometer mit 350 Millionen Einwohner. Bis zum Jahre 1914 hat sich der Wirkungsbereich der Union auf ein Territorium von 113 Millionen Quadratkilometer und auf fast eine Milliarde Menschen ausgedehnt. In der Union sind 77 Nationen mit gewesenen Staatspräsidenten, Ministern, Direktoren, höheren Offizieren usw. vertreten, denen ein großes Gefolge von Technikern und Attachés zur Verfügung steht.

Der siebente Weltpostkongress wird eine große Arbeit bewältigen müssen. Nicht weniger als 298 Paragraphen der Statuten der Union sollen abgeändert werden. Die Abänderungsvorschläge haben Kommissionen zu unterbreiten, deren sechs bereits am ersten Tage der Verhandlungen gebildet wurden. Bezeichnenderweise hat man vergessen, in diese Kommissionen Amerikaner hineinzuwählen. Die

Bolschewismus — Weltrevolution.

In der Östlicher Zeitung vom 30. September 1920 wurde der Versuch unternommen, in möglichst gedrängter Kürze ein Bild vom Wesen des Bolschewismus und seiner Theorie zu geben.

Zweck des obigen Aufsatzes ist es darzustellen, wie diese Theorie in der Praxis durchgeführt wurde. Bisher können Erfahrungen nur aus Rußland selbst geschöpft werden, denn die Gründung einer Räterepublik in Bayern, die schon nach kaum drei Wochen wieder verfiel, und jener in Ungarn, der nur eine halbjährige Lebensdauer beschieden war, ist als vorübergehende Erscheinung bereits der Vergangenheit anheimgefallen und ihr kurzer Bestand bietet keine Anhaltspunkte, um hinlängliches Material für die Beantwortung der Frage nach der praktischen Durchführung des Bolschewismus zu geben.

Anderes sieht die Sache jedoch in Rußland, wo sich der Bolschewismus bereits über drei Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen behauptet. Benützt wurden für den gegenwärtigen Kampf in erster Linie die Gesetze und Verordnungen der dortigen Regierung, weiters amtliche Statistiken und offizielle Reden von führenden Personen in der russischen Sowjetrepublik.

Die im Jänner 1918 auf dem allrussischen Sowjetkongress verkündeten „Grundrechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ sowie die vom fünften allrussischen Sowjetkongress angenommene Verfassung

der russischen föderativen Sowjetrepublik bilden das Grundgesetz dieser Republik. Nach diesem ist Rußland eine Sowjetrepublik. Die ganze zentrale und lokale Gewalt steht „den Räten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten zu. Artikel 2 erklärt Rußland zu einer föderativen sozialistischen Republik, deren Hauptaufgabe die Beseitigung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die vollständige Aufhebung der Klasseneinteilung der Gesellschaft, die schonungslose Niederhaltung der Ausbeuter, die Errichtung der sozialistischen Organisation der Gesellschaft und der Sieg des Sozialismus in allen Ländern ist.

Die Räte sind die Form der diktatorischen Herrschaft des Proletariats. Sie stellen die Vertretung der Arbeiterschaft in den Fabriken, auf dem Lande, in den Städten, in den Bezirken und schließlich im Reiche dar.

Die Fabrik bezw. das Dorf sind die politisch und zugleich wirtschaftlich niederste Einheit. Die Arbeiter der Fabrik und die Bauern des Dorfes wählen ihre Vertreter in den Betriebs- bezw. Bauernrat, welcher die Urzelle der Staatsmacht und zugleich der wirtschaftlichen Leitung ist. Ihnen wird ihre Tätigkeit in den Hauptzügen von den Sowjets der Bezirke und des Reiches vorgeschrieben. Innerhalb dieser Grenzen sind sie selbständig in der politischen und wirtschaftlichen Leitung ihres Machtbereiches.

Aus diesen untersten Sowjets werden gewählte Vertreter in die Bezirks- bezw. Kreisowjets entsendet, aus deren Vertreter wieder die Gouvernementsvertreter

hervorgehen. Aus den Vertretern der städtischen und Kreisowjets entsteht der Provinzialkongress. In diesen entsenden je 25.000 Bauern und je 5000 städtische Wähler ihre Delegierten. Jeder Sowjet wählt ein Exekutivkomitee als ausführende Stelle. Die Räte sind demnach zugleich gesetzgebende, ausführende und kontrollierende Organe. Ihre Mandate sind stets wider-ruflich.

Die höchste Instanz ist der allrussische Sowjetkongress, welcher aus Vertretern der städtischen und der Gouvernementsowjets besteht. Hiezu ist, wie beim Provinzialkongress, das Uebergewicht des städtischen Proletariats dadurch gewährleistet, daß die Städte auf 25.000, die Gouvernements auf 125.000 Wähler einen Abgeordneten entsenden.

Die Räte der Fabrik und des Dorfes sind nebenbei auch zusammengefaßt zu Zentralorganen der wirtschaftlichen Leitung und zwar zunächst innerhalb des betreffenden Wirtschaftszweiges. Jeder solche Zweig erhält einen Zentralwirtschaftsrat, so beispielsweise ein Zentraltextil-, Zentraltabak-, Zentralpapier-, Zentrallebertat usw.

Von diesen Zentralstellen erhalten die lokalen Räte die Anweisungen auf wirtschaftlichem Gebiete, von den Zentralräten auf politischem Gebiete. Die Zentral- und Wirtschaftsstellen sind endlich zusammengefaßt zu einem obersten Wirtschaftsrat, der die ganze gesellschaftliche Produktion und Konsumtion nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln hat.

Amerikaner haben sich kühl abgefordert und interessieren sich fast ausschließlich nur für Fragen, die sich auch auf die überseeischen Staaten beziehen. Ueberhaupt sind die europäischen Nationen auf der ganzen Tagung die Wortführer, denn der größte Teil der vorzunehmenden Abänderungen bezieht sich auf das nach dem Kriege neugestaltete Europa. Die Statutenbestimmungen der Weltpost-Union soll den veränderten europäischen Verhältnissen angepaßt werden, ebenso plant man Erleichterungen für die valutastärkeren Länder. Amerika will da allerdings nicht mitmachen. Schon haben alle amerikanischen Vertreter einen „Amerikablok“ geschlossen und sich für die Beibehaltung der Beschlüsse des im Jahre 1911 in Montevideo abgehaltenen Weltpostkongresses ausgesprochen. Außerdem wollen sie sich bis zu dem in 1921 in Buenos-Ayres abzuhaltenden panamerikanischen Postkongress in keiner Weise durch neue Beschlüsse bezüglich der Weltpost-Union binden lassen.

Zwischen den Vertretern der europäischen Staaten wird ein überaus freundlicher Verkehr gepflegt. Selbst die Franzosen nähern sich liebenswürdig und zuvorkommend den ehemaligen Feinden. An dem Ton der Debatten und des außeramtlichen Verkehrs merkt man deutlich die allseitige Absicht, jede politische Reibungsfläche sorgfältigst auszuscheiden, damit der Kongress, dessen Dauer auf etwa sechs Wochen geplant ist, nicht durch Zwischenfälle gestört werde.

Politische Rundschau.

Inland.

Nachträgliche Feststellungen zum Vertrage von Santa Margherita Ligure.

Der italienische Senat hat den Vertrag von Santa Margherita Ligure mit 215 gegen 29 Stimmen genehmigt. Bei der Erörterung des darauf bezüglichen Gesetzesentwurfes hielt der Außenminister Graf Sforza eine längere Rede, wobei er einige glatte und gleichzeitige Worte an die Adresse des jugoslawischen Staates richtete, welche einen Teil unserer Presse in einen wahren Entzückungstaumel versetzten. Wichtiger als diese phrasenhaften Schaumschlägereien sind die Feststellungen, mit denen er das Verhalten der südslawischen Delegierten gegenüber den italienischen Bevollmächtigten kennzeichnete. Graf Sforza sagte u. a.: Die serbischen Vertreter anerkannten freimütig, daß vierhunderttausend und noch mehr Slawen, die sich im Laufe der Jahrhunderte diesseits der Alpen niedergelassen haben, nicht von Italien abgetrennt werden dürfen. Wir vermeinten, daß die Jugoslawen die Sponzorgrenze verlangen würden, aber sie dachten nicht einmal einen Augenblick im Traume daran, mit unaufrechten Worten den Ernst und die Würde der Verhandlungen zu vermindern. — Diese Erklärungen des italienischen Staatsmannes bieten keine Ueberraschung, da sie die Haltung der jugo-

slawischen Delegierten genau von der Seite beleuchten, wie wir sie vor und nach dem Abschlusse des Vertrages dargestellt haben. Ungelärt ist nur die Frage, warum die Verhandlungen, da die sachlichen Differenzen doch so geringfügiger Natur waren, sich ursprünglich so lange verschleppen und dann plötzlich so schlagartig überstürzten. Wenn unsere Vertreter aber schon einmal entschlossen waren, Opfer zu bringen, so ist die Raschheit ihrer Entscheidung immerhin dankbar anzuerkennen: wenigstens ist ihr Aufenthalt in Santa Margherita Ligure den Staatsäckel nicht so immens teuer zu stehen gekommen als dies bei zwecklos sich in die Länge ziehenden Verhandlungen naturgemäß der Fall gewesen wäre.

Forderung nach exemplarischer Bestrafung d'Annunzios.

In einem längeren Aufsätze erklärt Slovinski Narod, daß einem freundlichen Einvernehmen zwischen Jugoslawien und Italien eigentlich bloß d'Annunzio im Wege stehe. In folgerichtiger Verfolgung dieser Ansicht stellt daher das Blatt die Forderung auf, daß die italienische Regierung diesem Manne von Staatswegen das Handwerk legen müsse, und schreibt u. a. wörtlich folgendes: Im Interesse beider Völker liegt es, daß d'Annunzio als Rebell, nicht aber als nationaler Held behandelt werde. d'Annunzio hat unsere völkische Ehre so tief beleidigt und unsere küstenländische Bevölkerung so schwer geschädigt, daß wir in keinem Falle die Rolle des barmherzigen Samariters spielen können. Im Verhalten gegen d'Annunzio zeigt sich der gute oder schlechte Wille der italienischen Regierung deutlicher als in jedem anderen Akte, den sie bei der Durchführung des Vertrages von Rapallo unternimmt. Wenn deshalb Herr Giolitti im Interesse Italiens die Jugoslawen für eine wirkliche Verständigung mit Italien gewinnen will, dann muß es vorher d'Annunzio exemplarisch bestrafen, bevor die Rede von einer Annäherung sein kann, soweit diese nach dem Vertrage von Rapallo überhaupt möglich ist. — Diese Ausführungen des führenden Organes der slowenischen Intelligenz könnten leicht mißdeutet werden, da sie die Vermutung nahelegen, daß der beim Abschlusse des Vertrages von Santa Margherita Ligure zur Schau getragene Schmerz doch nicht so bedeutend gewesen sein mochte, wenn der Verlust von Hunderttausenden von Slowenen nunmehr durch die Opferung eines einzigen Italieners wettgemacht werden könnte. Aber eine solche Erwägung würde auf einer irrigen Voraussetzung beruhen, da der Aufsatz nicht für das inländische Publikum geschrieben ist, sondern auf die italienische Regierung wirken soll. Man weiß von früheren Fällen her, daß solche aus Ausland gerichteten Artikel auf irgend eine Weise den Adressaten in die Hände gespielt werden, und kann von der Anwendung der gleichen Methode auch diesmal überzeugt sein, obwohl der italienische Text aus begrifflichen Gründen nicht beigelegt ist. Slovinski Narod versucht nun in dem Bestreben, das bewunderte Vorbild der italienischen Staatskunst nachzuahmen,

durch die etappenweise Aufstellung von Forderungen diplomatische Lorbeeren zu erringen, wird jedoch seinen Zweck deswegen nicht erreichen, weil es taktisch ungeschickt ist, den Stier bei den Hörnern anzupacken. Wenn schon Deutschland als besiegter, Staat sich erfolgreich gestraubt hat, die sogenannten Kriegsschuldigen nach dem Diktate der Sieger zu bestrafen, so wird das siegreiche Italien seinen nationalen Heroen auf Wunsch eines „verbündeten Freundes“ noch viel weniger zur Rechenschaft ziehen wollen. Und das schon deswegen nicht, weil die italienische Regierung mit d'Annunzio unter einer Decke steckt. Die schön gedrehten Phrasen der römischen Staatsmänner sollten doch niemand darüber täuschen, daß Giolitti und d'Annunzio ein Spiel mit verteilten Rollen spielen.

Drohung mit einer slowenischen Los-von-Rom-Bewegung.

Das in Eilii erscheinende Organ der slowenischen demokratischen Partei nimmt die aufregende Tatsache, daß bei der Missionsbeichte in Friedau die dortigen Sokolistinnen, um die Losprechung zu erhalten, angeblich versprochen mußten, aus dem Sokolver ein auszutreten, zum Anlasse, um sich an den Missionären mit der Androhung einer slowenischen Los-von-Rom-Bewegung zu revanchieren. Die zornige Grimasse richtet sich an die Adresse des Marburger Bischofs und an die „übrigen Häuptlinge des Klerikalismus“, welche eine solche Verheißung durch die Missionäre dulden, und macht ihnen den demokratischen Standpunkt wie folgt klar: Täuschet euch nicht! Wir haben noch einen anderen Weg, um eure finsternen Pläne zu durchkreuzen. Eure Gewalttätigkeit wird einen Widerstand und eine Gegenbewegung in einer Richtung erzeugen, die euch am wenigsten angenehm sein wird, den Uebertritt zur serbischen Kirche! Wir warnen rechtzeitig. Seid überzeugt, alle vom Bischof bis zum letzten Kaplan, daß eure Herausforderung eine Massenbewegung zum Eintitt breiter Schichten unseres Volkes in die rechtgläubige Kirche, wo bisher der Glaube noch nicht für politische Zwecke mißbraucht wurde, heraufbeschwören kann. Es liegt an euch, dem Kampfe in dieser Richtung auszuweichen. — Das demokratische Blatt verleugnet auch in dieser Gebärde nicht den bereits zu wiederholten Malen konstatierten Mangel an logischem Denkvermögen. Denn wenn der Mißbrauch der katholischen Religion zu klerikalen Zwecken tadelnswert ist, so kann doch wohl die Entfaltung einer Los-von-Rom-Bewegung aus demokratischen Gründen nicht lobenswert sein. Man kann im übrigen ganz beruhigt sein, daß die demokratischen Führer sich gar kein Gewissen daraus machen würden, auch das katholische Weihwasser auf ihre parteipolitische Mühle abzuleiten, wenn sie auf diese Kunst so gut eingestudiert wären wie in Slowenien die frommen Missionäre oder in Kroatien die freigeistigen Radicianer. Das aber ist der springende Punkt! In den breiten Massen der Bevölkerung haben die demokratischen Führer, wie die letzten Wahlen bewiesen haben, einen recht bescheidenen Anhang und ihre Faustschläge gegen den Klerikalismus sind Stöße in die leere Luft. Das eigene Interesse wird es ihnen gebieten, das religiöse Gebiet nicht zu betreten und es bei der drohenden Gebärde bewenden zu lassen. Denn eine orthodoxe Uebertrittsbewegung würde in Slowenien die überwiegende Mehrheit der demokratischen Wählerschaft abstoßen und von der Partei nicht mehr viel übrig lassen.

Ausbruch eines Kohlenarbeiterstreikes in Slowenien.

Die kommunistischen Versuche, die mitteleuropäischen Länder für den Bolschewismus zu gewinnen bzw. vorzubereiten, äußern sich im fast gleichzeitigen Ausbruch von Arbeiterstreiks in verschiedenen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie. Nach Böhmen und der Slowakei ist nun auch Slowenien an die Reihe gekommen. Die gewaltigen Lohnforderungen, die im vorliegenden Falle auf eine 134 prozentige Erhöhung emporgeschraubt wurden, bestätigten die Annahme, daß es die Führer auf eine Kraftprobe abgesehen haben, mag nun der Streik wie immer beendet werden. Am 17. Dezember pünktlich um 2 Uhr nachmittags stellten die Arbeiter in den Bergwerken von Trisail, Prastnigg, Sagor, Reichenburg und Gottschee wie mit einem Schlage die Arbeit ein, nur die Grube Dubajama bei Tüffer hat sich bisher der Bewegung noch nicht angeschlossen. Der Schaden, den unsere Volkswirtschaft durch den Kohlenarbeiterstreik erleidet, ist enorm, da die Bergwerke der Trisailer Gesellschaft in der letzten Zeit ein Tagesquantum von 350 Waggons förderten, was dem Werte von einunddreißig Millionen Kronen entspricht. Die Regierung hat die

Der allrussische Sowjetkongress wird mindestens zweimal im Jahre einberufen. Er wählt das allrussische Zentralexekutivkomitee von höchstens 200 Personen, welches dem Kongresse verantwortlich ist. Dieses Komitee ist die oberste gesetzgebende, verfassende und kontrollierende Behörde. Das Zentralexekutivkomitee bildet den Sowjet der Volkskommissäre, diese üben die allgemeinen Regierungsfunktionen aus. Ihre Verfügungen können vom Zentralexekutivkomitee jederzeit aufgehoben werden. Die Volkskommissäre stehen an der Spitze von 18 Volkskommissariaten wie beispielsweise Auswärtiges, Kriegsmarine, Inneres, Justiz usw.

Bürger der Sowjetrepublik sind ausschließlich die arbeitenden Klassen. Artikel 13 nennt als solche alle, die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten, Bauern nur insoweit, als sie keine Lohnarbeiter zur Erzielung von Gewinn beschäftigen; endlich Soldaten und Angehörige des Proletariats, die arbeitsunfähig geworden sind.

Das aktive und passive Wahlrecht ist allen Privatkaufleuten, Handelsunternehmern, Geistlichen, Geistkranken und schweren Verbrechern, vor allen aber Personen, die Lohnarbeiter halten oder von arbeitslosem Einkommen leben, entzogen.

Der eigentliche Bürgerstand hat nach der Verfassung keine Rechte, wohl aber Pflichten. Er ist nur Objekt der Gesetzgebung. Für ihn gilt die allgemeine Arbeitspflicht und die allgemeine Wehrpflicht. Erstere ist zunächst nur für Personen eingeführt worden, die mehr als 5000—6000 Rubel monatliches Einkommen haben. Für den Bürgerstand wurde ein Arbeits- und

Konsumbuch eingeführt. Jede Familie erhält ein Buch, in welches die Arbeitsleistung der Familienmitglieder eingetragen wird. Die Eintragung ist von der Ortsbehörde zu beglaubigen. Fehlt die Beglaubigung, so wird die Bzialkarte verweigert, eventuell sogar das Vermögen konfiszieren. Eine Möglichkeit, die Bestätigung zu erzwingen, hat der Bürger nicht. Die Verpflegungsrationen für diese sind viel geringer, als für die Werkstätten. Artikel 14 bestimmt die Beseitigung der Abhängigkeit der Presse vom Kapital, um den Werkstätten eine wahre Freiheit in der Meinungsäußerung zu gewährleisten. Alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen und Büchern wurden den Arbeitern und armen Bauern übergeben. Diese Presseerzeugnisse haben freie Verbreitung.

Die Versammlungsfreiheit besteht nur für die Werkstätten. Sie erhalten vom Staate die Lokale für Volksversammlungen nebst Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung. Das Vereinsrecht besteht nur für die Arbeiter und armen Bauern. Auf dem Gebiete der Volksbildung erhalten alle Arbeiter und besitzlosen Bauern unentgeltlich eine vollständige und allseitige Ausbildung.

Die allgemeine Wehrpflicht gilt in der Form, daß jeder Proletarier mit der Waffe, jeder Bürger mit sonstigen Diensten der Sowjetrepublik zur Verfügung stehen muß. Diese Entrechtung des eigentlichen Bürgerstandes soll insoweit dauern, bis die Durchführung des Sozialismus gesichert und mit der Aufhebung der Klassengegensätze die Bürgerschaft verschwunden ist. (Wird fortgesetzt.)

in solchen Fällen üblichen Maßnahmen (militärische Bereitschaft, Alkoholverbot, Gasthausperre, 8-Uhr-Torschluss u. a.) angeordnet und wird Ausgleichsverhandlungen zwischen der Eisfabrik Gesellschaft und den Arbeitern anzubahnen versuchen. Infolge des Streiks hat sich die Südbahn zu einer empfindlichen Verkehrsbeschränkung entschlossen; bei längerer Dauer werden auch manche Industrie zu Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen sein.

Ausland.

Monarchistische Pläne in der Tschechoslowakei.

Ein Prager tschechisches Blatt gibt ein Memorandum wieder, das der General Bisupski einer sogenannten „geheimen internationalen Monarchistenkonferenz“ in Budapest vorgelegt haben soll. Nach diesem Memorandum soll eine politisch-militärische Zentrale errichtet werden, deren Ziel die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland, Deutschland, Ungarn und in der Tschechoslowakei wäre. Rußland soll alle Randstaaten, Deutschland das Saargebiet, die Rheinprovinzen und Posen, Ungarn die Slowakei und Siebenbürgen zurückhalten und Böhmen soll mit Oesterreich einen föderalistisch-monarchistischen Staat bilden. Im großen und ganzen soll also der europäische Zustand von 1914 wiederhergestellt werden, nur daß dem General eine Monarchie nach englischem Muster vorschwebt. Es soll bereits ein detaillierter Organisations- und Aktionsplan ausgearbeitet worden sein. Zu diesem Zwecke sollen die Reste der Armee Wrangel, die ukrainischen und weißrussischen Armeen, sowie die über ganz Mitteleuropa verstreuten russischen Gefangenen und schließlich die ungarische Nationalarmee verwendet werden. Das Unternehmen soll durch falsche russische Banknoten finanziert werden, dessen Herstellung in Deutschland bereits sichergestellt sein soll. Der ganze Plan mutet etwas phantastisch an, doch behauptet die Prager Zeitung, für die Richtigkeit dieser Angaben einstehen zu können.

Die Preßburger Konferenz.

Die Konferenz, die angeregt wurde, um hauptsächlich die Verkehrsschwierigkeiten zwischen den Nationalstaaten zu beseitigen, wird dem Vernehmen nach im Jänner stattfinden, wenn auch der Ort noch nicht feststeht. Der Anreger, der amerikanische Oberst Smith, weilte kürzlich in Prag und es soll ihm gelungen sein, den grundsätzlichen Widerstand der maßgebenden Kreise gegen die Abhaltung der Konferenz zu beseitigen. Zur selben Zeit weilte auch der deutschösterreichische Handelsminister Heinal in Prag, um mit der tschechoslowakischen Regierung wegen eines Handelsvertrages zu verhandeln. Das Ergebnis wird ebenfalls als günstig bezeichnet, da die tschechoslowakische Regierung bemüht zu sein scheint, auch vor Beginn der Preßburger Konferenz mit der deutschösterreichischen Regierung zu einem handelspolitischen Einvernehmen zu gelangen.

Vom Völkerbunde.

Die Völkerbundsversammlung in Genf hat in den Völkerbundsrat, dessen Amtsdauer ein Jahr betragen soll, Spanien, Brasilien, Belgien (in der Stichwahl gegen China) und als nichtständiges Ratemitglied China gewählt. Ueber Antrag des Kommissionspräsidenten Huacos, eines Chinesen, wurden sodann Deutschösterreich, Bulgarien, Finnland, Luxemburg und Costarica in den Völkerbund aufgenommen. Von den großen Staaten gehören Amerika, Deutschland und Rußland dem Völkerbunde nicht an, Argentinien ist ausgetreten.

Zur Aufnahme Deutschösterreichs in den Völkerbund.

Die deutschösterreichische Republik ist nach einer von Haß gegen Deutschland triefenden Rede Vivianis einstimmig in den Völkerbund aufgenommen worden. Mit der bitteren Empfindung schwachvoller Erniedrigung muß Deutschösterreich sich dieses Schauspiel gefallen lassen; trotzdem erklären die Wiener Blätter übereinstimmend, daß die demütigende Prozedur mit aufeinander gebissenen Zähnen geduldig hingenommen werden müsse. Denn erstens erhalte Deutschösterreich durch die Mitgliedschaft am Völkerbunde das Recht, die Interessen der Deutschen in anderen Staaten zu wahren, und ein Blick auf die Bedrückung der Stammesbrüder in der Tschechoslowakei beweise, daß hierzu leider ausgiebige Gelegenheit geboten sei. Und zweitens erlange nunmehr Deutschösterreich die Möglichkeit, den Anschluß an Deutschland im Schoße des Völkerbundes selbst zu betreiben. Der Artikel 10 des Statutes schütze, wie der Schweizer Bundes-

präsident Motta festgestellt habe, das Gebiet eines Völkerbundmitgliedes nur für den Fall äußerer Angriffe, siehe daher der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der deutschösterreichischen Länder nicht im Wege. Wohl aber sei Deutschösterreich in seiner Bewegungsfreiheit durch den Vertrag von Saint-Germain behindert, dessen Abänderung an die Zustimmung des Völkerbundes gebunden sei. Da nun das Völkerbundsstatut nicht zweierlei Klassen von Mitgliedern kenne, solche mit eingeschränktem und solche mit uneingeschränktem Selbstbestimmungsrechte, so werde die deutschösterreichische Regierung Aufklärung darüber verlangen müssen, ob der § 10 des Völkerbundsstatutes oder die Anschließklausel des Friedensvertrages in Geltung sei.

Argentinien und die Völkerbundsversammlung.

Nach einer Meldung des Messaggero aus Buenos Aires wird der Austritt des argentinischen Delegierten Pueyrredon aus der Völkerbundsversammlung von einem Teile der argentinischen Presse mißbilligt, weil dieser Staat dadurch in Vereinsamung verfehlt worden sei. In Regierungskreisen wird demgegenüber erklärt, daß Argentinien in der Genfer Versammlung nicht aus selbstsüchtigen Gründen, sondern zum Schutze eines hohen Ideals der Zivilisation erschienen sei, nämlich um zu verhindern, daß auch nach dem Kriege zwischen den Nationen Haß, Rachsucht und die alten Vorurteile herrschen. Durch die von Pueyrredon verkündeten Grundsätze habe die europäische Diplomatie, die ihre Politik noch immer auf Geheimnisse und Ränke gründe, einen schweren Schlag erlitten. Was die Nachteile der angeblichen Vereinsamung betrifft, in welche die argentinische Republik durch ihren Austritt aus der Völkerbundsversammlung geraten sein soll, so befinde sie sich in besserer Gesellschaft, da viele zivilisierte Länder noch außerhalb des Völkerbundes stehen.

Schweizer Präsidentschaftswahlen.

Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit 136 von 167 gültigen Stimmen den Bundesrat Edmund Schultheiß zum Bundespräsidenten und zum Vizepräsidenten des Bundesrates Haas gewählt. Zum Bundesgerichtspräsidenten ist Bundesrichter Ostertag mit 148 von 155 Stimmen gewählt worden.

Aus Stadt und Land.

Silvesterfeier des Cillier Männergesangsvereines. Am 31. Dezember 1920 veranstaltet der Cillier Männergesangsverein im großen Saale sowie in den Nebenzimmern des Hotels Union eine große Silvesterfeier im Rahmen eines Buntabendes. Die Vorbereiten, für welche ein eigener Ausschuß bereits in Tätigkeit ist, sind im besten Gange. Nach dem bereits aufgestellten Programme kommen außer besonders gewählten Vortragsstücken des rühmlichst bekannten Vereins-Hausorchesters auch einige Männerchöre sowie Einzelaufführungen zum Vortrage. Weiters ist die Aufführung eines höchst gelungenen einaktigen Scherzspiels geplant, dessen Regie in bewährten Händen liegt. Endlich sei noch bemerkt, daß der Jahresabschluss in feierlicher Weise vollzogen und der Beginn des neuen Jahres mit einem Tanzkränzchen eröffnet wird. Da der Männergesangsverein weder Mühe noch Kosten scheut, diesen Abend zu einem besonders gelungenen zu gestalten, wird ein zahlreicher Besuch erwartet, umso mehr, als das Reinerträgnis einem wohlthätigen Zwecke zugeführt wird. Weitere Einzelheiten dieses Abendes werden in den nächsten Blattfolgen mitgeteilt werden. Separate Einladungen zu dieser Silvesterfeier ergehen nicht.

Evangelische Gemeinde. Die Weihnachtsfestgottesdienste finden an beiden Festtagen vormittags um 10 Uhr, und zwar in der Christuskirche statt. Das heilige Abendmahl wird am ersten Festtage gespendet werden.

Evangelisches. Am zweiten Weihnachtstage, d. i. am 26. Dezember nachmittags um halb 3 Uhr, wird in Pettau im Besaale der Filialgemeinde ein Festgottesdienst stattfinden und anschließend das heilige Abendmahl gereicht werden.

Französischer Klub in Cill. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Alle jene, welche der französischen Sprache mächtig sind und französische Konversation und Lektüre pflegen wollen, werden zu der am Mittwoch, dem 22. Dezember, um 8 Uhr abends im kleinen Zimmer des Kaffeehauses Narodna Kavarna stattfindenden Besprechung geziemend eingeladen. Hierbei soll

die Gründung eines französischen Klubs beschlossen und die Vereinsstatuten definitiv festgesetzt werden.

Meldewesen. Die Polizeiabteilung in Cill ersucht um Veröffentlichung der nachstehenden Verlautbarung: Anlässlich der Einrichtung des Meldeamtes und der Reklamationen bei den letzten Wahlen machte die Polizei die Wahrnehmung, daß verschiedene Hausherrn die Fremden und die Parteien, die in ihre Häuser eingezogen waren, nicht vorschriftsmäßig angemeldet hatten. Ob dieser Sorglosigkeit wurden die Schuldtragenden bestraft. Das Publikum wird deshalb neuerdings aufmerksam gemacht, daß jede neu zugewachsene oder abgegangene Partei innerhalb 24 Stunden an- bzw. abzumelden ist. Weiters wird wahrgenommen, daß die bezüglichen Scheine für die An- und Abmeldung nur flüchtig oder schwer leserlich ausgefüllt werden. In Zukunft werden derartige Scheine auf Kosten und Verantwortung der Parteien zurückgewiesen werden. Denn solche Fahrlässigkeit erschwert oder verhindert die Ausforschung der von der Polizei gesuchten Personen. Die vorschriftsmäßige und rechtzeitige Anmeldung ist nicht nur für die Sicherheitsbehörde, sondern für die Parteien selbst von großer Bedeutung, da diese früher oder später einen genauen Bericht über die Bequartierungsverhältnisse in Cill benötigen, den aber das Meldeamt nicht ausfertigen kann, wenn die Partei nicht vorschriftsmäßig angemeldet ist. Ebenso können Anfragen betreffend die Adresse der einen oder der anderen Person nicht verlässlich beantwortet werden, wenn die betreffende An- bzw. Abmeldung fahrlässig vorgenommen wurde.

Die Volkszählung, die für den 31. Dezember 1920 in Aussicht genommen war, ist auf 31. Januar 1921 verschoben worden.

Gegen die Deutschen ist alles erlaubt. Von deutscher Seite ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die widerrechtliche Wegnahme deutschen Eigentums und die Verweigerung des Rechtsweges, die von den Organen der Regierung den deutschen Vereinen gegenüber vielfach geübt wird, wie nicht minder die verheerende Schreibweise einer gewissen Presse das Rechtsgefühl der slowenischen Bevölkerung beeinträchtigen müssen und den, wie die Wahlen beweisen, keineswegs ungefährlischen Bolschewismus züchten. Ein geradezu typischer Fall, der die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigt, wurde dieser Tage vor dem Laibacher Schwurgericht verhandelt. Angeklagt war der Gewohnheitsdieb Johann Pavlic, dem unter anderen auch mehrere Willeneinbrüche in Velbes zur Last gelegt waren. Vom Vorsitzenden über diese befragt, äußerte er sich (nach dem Berichte des Slovenski Narod) wörtlich: „Ich kam zur Villa ‚Rajtimar‘ des Herrn Tribuc. Sie war ganz von Spinnweben überzogen. Da dachte ich mir: Hier wird es gut sein! Ich kroch durch ein Fenster ins Haus und hielt mich zwei Tage darin auf. Ich schlief darin, kochte und packte ein. Für meine Wohnung in Karlsbad raffte ich eine riesige Menge von Wäsche und Rükeneinrichtung zusammen. Vorhänge, Teppiche, Spitzen, alles packte ich zusammen.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er gerade diese Villa so ausplünderte, sagte Pavlic: „Ich dachte, daß die Villa einem Deutschen gehöre. Ich fand nämlich deutsche Zeitungen und habe daraufhin noch eifriger zusammengepackt.“ Man sieht also, der Verbrecher Pavlic führt den Umstand, daß er der Meinung war, einen Deutschen auszuplündern, geradezu als Milderungsgrund an. Nun, zufällig ist ein Slowene zu Schaden gekommen. Er mag sich dafür bei jenen bedanken, die den Dieb durch die Lehre, daß die Deutschen vogelfrei seien, in seinem verbrecherischen Vorhaben noch bestärkt haben.

Gepflogenheit, deutsche Städtenamen wie Graz, Wien usw. mit den deutschen Bezeichnungen zu benennen. Er sagt, daß die hierfür eingebürgerten slowenischen Namen in der Sprache ein geschichtliches und faktisches Recht besäßen, ebenso wie jedes andere Wort, welches im Laufe der Zeit dem sprachlichen Wortschatze einverleibt wurde. — Das ist ein Standpunkt, der sicherlich kaum widerlegt werden kann. Es wird auch in der slowenischen Journalistik wohl niemand existieren, der dagegen irgend einen Widerspruch erheben könnte. Anders steht es freilich, wenn die Medaille umgedreht wird und Orte, welche sich auf südslawischem Territorium befinden, mit einem historisch eingelebten deutschen Namen bezeichnet werden. Für beschränkte Schwarmgeister bedeutet jede solche deutsche Ortsbezeichnung schon

ein Loch im jugoslawischen Staatsgebäude. Es ist für die mitteleuropäischen Völker gewiß kein Ehrenmal, daß sie sich wegen der Benennung von Städten und Dörfern herumstreiten, und es läßt sich theoretisch ganz gut ein späterer Zeitpunkt denken, wo einmal die Menschen solchen kleintlichen Hader in die Kumpelkammer der Vergangenheit geworfen haben werden. Hierzu ist freilich erforderlich, daß sich die gewissen Schwarmgeister außer nationaler Duldsamkeit auch eine geringfügige Kenntnis des anderssprachigen Lautsystems aneignen. Die sprachliche Angleichung von fremden Ortsbezeichnungen war seit altersher nicht ein Gegenstand völkischer Gesinnung, sondern ein Produkt sprachgeschichtlicher Entwicklung, mag es sich nun um slawische Namen für Wien, Salzburg, Innsbruck, München, Frankfurt oder um deutsche Bezeichnungen wie Laibach, Krainburg, Würtlung, Triest, Mailand, Neapel usw. gehandelt haben.

Neue deutsche Briefmarken. Die Ausgabe der neuen deutschen Briefmarkenserien wird für den Monat Jänner erwartet. Zuerst werden die kleinen Werte von 5 bis 30 Pfennig ausgegeben werden. Die Entwürfe sind fast durchwegs von Münchener Künstlern ausgeführt worden. Die große Zeichnung der Bissen steht auf dunklem Grunde in einer straffen Umrahmung, darüber in gotischen Lettern: Deutsches Reich. Die 40 Pfennig-Marke zeigt Schmiede bei der Arbeit. Die höheren Werte von 1 M. anwärts werden den deutschen Reichsadler im Mittelfelde enthalten. Weiters werden bei den neuen Marken zwei preisgekrönte Entwürfe, ein Posthorn in ovaler Umrahmung und eines mit einem Queroval zur Verwendung gelangen.

Milerands Ruhstreik. Der Präsident der französischen Republik hat neben anderen wichtigen Aufgaben auch die, alljährlich eine große Anzahl Kränze auszuteilen. Die Ritter der Ehrenlegion, die von ihm persönlich ihre Auszeichnung empfangen, die weiblichen Studenten der Universitäten, die mit Pfeifen bedacht werden, die kleinen Mädchen,

ihm bei Empfängen einen Blumenstrauß darbieten, und die Knaben, die zur seiner Begrüßung patriotische Verse aussagen, sie alle wurden früher von dem Präsidenten umarmt und geküßt. Man schätzt die Zahl der Kränze, die der Präsident so bärtigen und unbärtigen französischen Gesichtern im Jahr ausdrücken muß, auf mindestens tausend. Milerand aber, der überhaupt in mancher Hinsicht von den Traditionen der Präsidentschaft abweicht, streift! Er hat kategorisch erklärt, daß er unter keinen Umständen bei den Gelegenheiten küssen werde, bei denen es bisher üblich war, und die Ritter der Ehrenlegion ebenso wie die jungen Studentinnen und die kleinen Mädchen werden sich mit diesem unwillkürlichen Entschluß ihres Staatsoberhauptes abfinden müssen.

Wirtschaft und Verkehr.

Aufhebung der Sequester. Der Justizminister hat dem Ministerrat einen Vorschlag über die Aufhebung der Sequester unterbreitet, da diese der Gegenstand der Korruption waren und der Volkswirtschaft unberechenbaren Schäden zugefügt haben. Die Regierung verlangt von Deutschösterreich, daß es die Sequester über das Vermögen der südslawischen Staatsbürger aufhebe und ihre dort befindlichen Vermögenssteile ausliefern. Von der Erfüllung dieses Verlangens wird das weitere Vorgehen der Regierung abhängen.

Ratenweise Zahlung der Kriegsgewinnsteuer. Das Agrarier Tagblatt veröffentlicht nachstehende Mitteilung der dortigen Handelskammer: Jenen Steuerzahlern, welche glaubhaft nachweisen, daß sie die Kriegsgewinnsteuer innerhalb des gesetzlichen Termines nicht zahlen können, kann der Delegierte des Finanzministeriums gestatten, eine günstigere Abzahlung zu bewerkstelligen, derart, daß die letzte Rate spätestens acht Monate angefangen vom Tage der Einhandlung des Zahlungsauftrages

eingezahlt werden kann. Sollte aber beim Exekutionsverfahren festgestellt werden, daß durch die Besteuerung die Existenz des Steuerträgers vernichtet würde, so kann der Finanzminister über Bitte der Partei und über Vorschlag der Finanzbehörde einen Teil der Steuer abschreiben. Bittgesuche sind in der Zeit von 30 Tagen nach der Verständigung über die Exekution einzureichen.

Einfuhrerlaubnis für einige Artikel. Der Finanzausschuß genehmigte die Einfuhr von Fetten in Kränzen und losje, in Säcken, Kisten und Körben über 5 kg Gewicht. Ebenso Orangen und Döchte (Schnüre) für Randiten. Weiter ist die Einfuhr des Zeichen- und Schreibmaterials für Schulzwecke und Papierzubehör, mit Ausnahme der monopolisierten Artikel, gestattet.

Neue Vorschriften über Konzessionen an Auswandererbüros. Nach einer Mitteilung des Handelsministeriums vom 23. November 1920 werden die bestehenden Vorschriften bezüglich des überseeischen Transportes von Auswanderern gänzlich aufgehoben und neue herausgegeben. Alle schon überreichten Gesuche für solche Konzessionen werden zurückerstattet und können erst wieder eingebracht werden, sobald die neuen Vorschriften erschienen sind.

Erhöhung der Preise für rohen Tabak. Die Monopolverwaltung plant im nächsten Jahre die Einlöschungpreise für Tabakblätter bedeutend zu erhöhen. Sie hofft dadurch den Tabakpflanzern einen Ansporn zu geben, die Tabakkultur in größerem Maßstabe zu betreiben. Angeblich sollen die Preise so gestellt werden, daß der Bruttoertrag für ein Hektar Tabak beiläufig auf 10.000 bis 20.000 Dinar zu stehen kommen wird. Von der erhöhten Erzeugungsmenge wird natürlich auch die Monopolverwaltung einen bedeutenden Nutzen haben, weil viel mehr Tabak zur Ausfuhr gelangen könnte. Nach den heutigen Erfahrungen schätzt man diese Einnahmen (brutto) für das nächste Jahr auf fast eine Milliarde Dinar.

Bau- u. Möbeltischlerei Josef Mihalič

Celje, Mariborska cesta 3 (Sägewerk Jarmer) erlaubt sich dem geehrten p. t. Publikum seine Werkstätte zur Erzeugung aller in sein Fach einschlägigen Arbeiten bestens zu empfehlen. — **Lager fertiger Möbel** sowie **Kücheneinrichtungsgegenstände**. Bauarbeiten u. Reparaturen.

Weingarten mit Winzerhaus

in St. Mareiner Gegend, schlagbarer Wald mit Wiese in der Gegend von Ponigl; schönen, 4—6 sitzigen Schlitten, 2 Kühe (wegen Futtermangel) und Ferkeln zu verkaufen. Anzufragen Forsthof bei Celje.

Haus in Villach

(Deutsch-Oesterreich), 2 Stock hoch, neu, modernst gebaut, 600 Klafter Grund, wird gegen gleichwertiges Haus oder Gasthaus, besseres Geschäftshaus in **Marburg, Cilli** oder **Laibach**, eventuell auch in einem anderen Orte gegen besseren Besitz mit Gast- oder Geschäftshaus getauscht. Wird auch aus freier Hand verkauft. Anträge an J. Hochmüller, Bled (Veldes).

Reines nett möbliertes separiertes Zimmer

wird samt guter Verpflegung gesucht. Angebote unter „Dauernd“ postlagernd Celje.

Kaufe einen leichten Einspanner- Schlitten

Anfragen zu richten Forsthof Celje.

Schönen viersitzigen Schlitten

verkauft Wolf, St. Peter im Sann-tale.

Slowenische Korrespondentin

wird für ein größeres Unternehmen aufgenommen. Anträge an die Verwaltung des Blattes erbeten. 26635

Stenographin

und Maschinschreibkraft, deutsch und slowenisch in Wort und Schrift, per sofort gesucht. Schriftliche Meldungen an „Postfach 2, Celje“ erbeten.

Schönes Speisezimmer

amerik. Nuss, innen Mahagoni, mit Spiegel und Marmorplatten, echte Lederstühle u. s. w., Küchenmöbel grau, mit eingelegten Kacheln, ein Speiseservice kobaldblau mit Goldrand, Glasservice mit 6 verschiedenen Gläsern für 12 Personen, ein grüner Axminsterteppich 3x4, preiswert zu verkaufen. Anfrage in der Verwitg. des Blattes.

Für Weihnachten offeriere

Zimmt-Busserl- Zwieback

eigener Erzeugung per kg K 90. Bestellungen bei Kaufmann J. Srimz oder beim Erzeuger M. Zadavec Bäckermeister Teharje (Tüchern) bei Celje.

Damenhutreparaturen

werden billigst ausgeführt. Razlagova ulica (Neugasse) Nr. 4, ebenerdig 1. Tür links. Zu sprechen täglich von 3—4 Uhr.

1 Paar hohe

Damen-Chevreaux- Schuhe

Nr. 39 sind billig zu verkaufen. Zavodna Nr. 49 (Dachwohnung).

Schönes Weihnachtsgeschenk!

Ein eleganter, brauner

Herrenpelzmantel

ist zu verkaufen. Anfrage Miklošičeva ulica 10 (Hermanugasse).

Gelegenheitskauf für Weihnachten!
Aeusserst billiger

feiner Herrenstoff

für einen kompletten Anzug. Anzufragen bei Anton Jost, Herrengasse 3.

Einkauf von

altem Gold u. Silber

Gold- und Silbermünzen, Steinen und Perlen bei F. Pacchiaffo, Theatergasse Nr. 2.

Maschinschreibunterricht

nach dem Zehnfingersystem, in Slowenisch und Deutsch, erteilt Frau Fanny Blechinger, Levstikova ulica (Feldgasse) Nr. 1.

Perfekte

Haus Schneiderin

empfehlte sich den geehrten Damen. Olga Kremet, Nikolaiberg Nr. 27.

Weihnachts-Geschenke

in grösster Auswahl aus Gold, Silber und Chinasilber kauft man billigst bei

R. ALMOSLECHNER

:: Kocenova ulica (Spitalgasse) Nr. 2 ::